



NEWSLETTER BERLIN



ULRICH KELBER BONNS BUNDESTAGSABGEORDNETER

Ausgabe 21/2003 74. gesamt

28.11.2003

Umzug des Streitkräfte-Führungsstabs löst keinen Rutschbahneffekt aus

Bundesverteidigungsminister Peter Struck hat angekündigt, den Führungsstab der Streitkräfte bis 2007 von Bonn nach Berlin zu verlegen. Anders als bei ähnlichen Überlegungen anderer Bundesminister hat diese Ankündigung zu Recht keinen Proteststurm in Bonn ausgelöst. Die Entscheidung ist sachgerecht und löst keinen Rutschbahneffekt von Bonn nach Berlin aus.

Während z.B. Bundesumweltminister Jürgen Trittin und Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn immer wieder versuchen, Abteilungen ihrer Ministerien ohne Not und gegen den Geist des Berlin-Bonn-Gesetzes nach Berlin zu verlegen, musste der Bundesverteidigungsminister auf eine wirklich veränderte Lage reagieren.

Anders als 1994, als das Berlin-Bonn-Gesetz beschlossen wurde, ist die Bundeswehr heute in zahlreichen Auslandsein-

sätzen aktiv. Darunter sind auch die Einsätze von Spezialkräften, die genau koordiniert werden müssen.

Natürlich ist der Umzug des Führungsstabs nach Berlin keine gute Nachricht für Bonn und schon gar nicht für die Betroffenen. Aber wir Bonnerinnen und Bonner hätten uns viel Sympathie verschert, wenn wir uns an dieser Stelle den Realitäten verweigert hätten. Eine Chance auf eine Mehrheit gegen die Entscheidung gibt es nicht, aber scheinheilige lautstarke Proteste würden uns Freunde für spätere Auseinandersetzungen um die Einhaltung des Berlin-Bonn-Gesetzes kosten.

Bundesverteidigungsminister Peter Struck hat sich auch immer als fairer Partner Bonns erwiesen. Ein dreistelliger Millionenbetrag wird im Bereich der Hardthöhe derzeit investiert. Und in den letzten Jahren wurden im Bereich des Bundesamtes für Wehrverwaltung über 310 neue Arbeits-

plätze nach Bonn geholt. Diese Maßnahmen für Bonn muss man im Zusammenhang sehen. Und auch nach dem Umzug des Führungsstabs verbleiben 75% der Beschäftigten des Bundesverteidigungsministeriums in Bonn.

Vom Bundesverteidigungsministerium habe ich außerdem die Zusage erhalten, dass mit den Betroffenen detailliert über die Umsetzung des Umzugs und individuelle Lösungen gesprochen werden wird. Peter Struck ist dafür bekannt, sein Wort zu halten!



Themen in dieser Ausgabe:

- Umzug Führungsstab
- „18“
- Alcopos
- Bundeshaushalt



Bonner Bürgerforen

Dialog-Foren der SPD-Bonn geöffnet

Seit dieser Woche sind die Dialog-Foren der Bonner SPD im Internet geöffnet. Unter

www.bonner-buergerforum.de

können alle interessierten Bonnerinnen und Bonner über das Kommunalprogramm der SPD mitdiskutieren. Neben zentralen Bürgerforen und Veranstaltungen in den Ortsteilen bieten wir hier die Möglichkeit, Vorstellungen und Wünsche für die Zukunft unserer Stadt zu äußern.

Was macht eigentlich „18“?

„18“, früher auch bekannt als Guido Westerwelle, hat es nicht leicht. Seine FDP findet ihn gar nicht mehr so toll und statt ihm wollen die Medien jetzt immer mit anderen sprechen.

Na gut, dachte sich „18“ wohl, dann muss ich halt im Bundestag in der Generaldebatte sprechen. Laut und aggressiv war „18“ auch. Nur sein altes Problem bekam er nicht in den Griff, nämlich sein schlechtes Gedächtnis.

Ein vernichtendes Trommelfeuer an Negativnachrichten der jetzigen Regierung wollte „18“ abschießen. Begonnen hat er mit der Behauptung, Rot-Grün sei schuld an der höchsten Arbeitslosigkeit in der Ge-

schichte der Bundesrepublik. Hätte „18“ nur vorher in das Statistische Jahrbuch geschaut!

Die höchste Arbeitslosigkeit gab es nämlich 1997. Damals in der Regierung? Jawohl, die FDP mit Wirtschaftsminister Rexrodt! Und als Generalsekretär federführend bei der FDP? Genau: „18“, der sich damals aber noch Westerwelle nannte. Ist aber auch schon so lange her. Immerhin liegen Spaß- und Möllemannphase dazwischen. Und auch zwei Wahlniederlagen.



Eine Überlegung wert: eine Steuern zum Umsteuern

So genannte "Alcopops" sind bunte, süße Mixgetränke mit viel Schnaps und wenig Saft, die nachweislich zu erhöhtem Alkoholkonsum bei Jugendlichen führen. Vor allem junge Frauen und immer jüngere Konsumenten werden durch die peppige Aufmachung verführt.

Die Unternehmen freut der rasant wachsende Absatzmarkt, aber gesundheitspolitisch ist diese Entwicklung eine Katastrophe: Eine neue Suchtwelle rollt auf uns zu, der wir uns dringend entgegenstellen müssen.

Es ist sehr zu begrüßen, dass das Gesundheitsministerium in einer Studie die Auswirkungen auf Jugendliche überprüfen lässt. Denn oberstes Ziel unserer Drogenpolitik ist die Prävention, die den gesundheitsschädlichen Konsum von Suchtmitteln von vornherein verhindert.



Jugendliche sind bei ihrem Kaufverhalten sehr preisbewusst, daher scheint eine deutliche Verteuerung dieser Alcopops ein adäquates Mittel, schwere gesundheitliche Schäden zu verhindern.

Frankreich hat bereits eine Zusatzsteuer für diese Mischgetränke eingeführt - das Konsumentenverhalten hat sich sofort geändert, die Verkaufszahlen gingen zurück. Diese Möglichkeit des Gesundheitsschutzes muss dringend geprüft werden, damit die jungen Menschen nicht länger zum Trinken verführt werden.



Karikatur: Klaus Stuttmann

Termine Ulrich Kelber:

2.12.03, 16.30 Uhr
Bürgersprechstunde im Wahlkreisbüro, Clemens-August-Str. 64

3.12.03, 20 Uhr
Politischer Stammtisch im „Brauhaus Machold“, Heerstr.

4.12.03, 19 Uhr
Diskussionsveranstaltung „Zukunft des öffentlichen Dienstes“, Rathaus Beuel

16.12.03, 18.30 Uhr
A.o. Unterbezirksparteitag, Wissenschaftsforum, Ahrstr. 45



HAUSHALT

Der Bundeshaushalt 2004

Der Bundeshaushalt 2004 ist ein Etat in besonders schwieriger Lage: Aufgrund der weltweiten Abschwächung der Wirtschaft befindet sich Deutschland in einer dreijährigen Stagnationsphase. Das belastet die öffentlichen Finanzen auf allen Ebenen – Bund, Länder und Kommunen – enorm. Stark angestiegene Arbeitsmarktausgaben und sinkende Steuereinnahmen haben die öffentlichen Haushalte stark belastet.

Der Bundeshaushalt muss zwei große Anforderungen erfüllen: Zum einen muss er dem Konsolidierungsbedarf nachkommen. Zum anderen muss der Bundeshaushalt das ihm Mögliche dazu beitragen, dass Konjunktur und Wachstum wieder in Gang kommen. Der Etat ist ein Ausgleich von notwendiger Konsolidierung und Konjunktur- und Wachstumsimpulsen (vor allem Vorziehen der Steuerentlastungsstufe 2005). Außerdem leistet er die haushaltmäßige Umsetzung der im Vermittlungsausschuss liegenden Strukturreformen (Hartz IV; Gemeindefinanzreform). Eine noch stärkere Konsolidierung in der kurzen Frist als bisher schon, wie die Opposition sie fordert, würde den beginnenden Aufschwung gefährden. Die Vorschläge der Opposition sprechen nicht für ihre Forderungen: Bei den Herzog-Vorschlägen veranschlagt die Union Mindereinnahmen von rd. 36 Mrd. Euro. Herzog-Konzept + Merz-Konzept ergeben ein Minus von rd. 56 Mrd. Euro. Unseriöser kann eine Opposition nicht arbeiten.

Eckpunkte des Haushalts 2004

- **Nettokreditaufnahme:** 29,3 Mrd. Euro
- Gegenüber dem Nachtragshaushalt 2003 ist dies ein Rückgang um 15,1 Mrd. Euro. Unter Ausklammerung der Einmalbelastung durch das Vorziehen der Steuerreformstufe 2005 auf 2004 ist es sogar ein Rückgang von 20,1 Mrd. Euro.
- **Gesamtausgaben:** 257,3 Mrd. Euro
- **Einnahmen:** 228 Mrd. Euro
- **Investitionen:** 24,6 Mrd. Euro
- Sie bleiben auf hohem Niveau und steigen gegenüber dem Vorjahr sogar noch um 450 Mio. Euro an.

Gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht

Der Haushalt 2004 ist verfassungsfest. Der Basishaushalt - das heißt ohne das Vorziehen der Steuerentlastungsstufe 2005 auf 2004 - hält die Verschuldensgrundregel von Artikel 115 Absatz 1 GG ein: Die Neuverschuldung für den Basishaushalt liegt mit 24,3 Mrd. € niedriger als das Investitionsvolumen mit 24,6 Mrd. €. Unter Einbeziehung des Vorziehens der Entlastungsstufe 2005 beträgt die Neuverschuldung zwar 29,3 Mrd. € und liegt damit über dem Investitionsvolumen, diese Überschreitung

steht aber im Einklang mit der Verfassung: Nach Artikel 115 Absatz 1 GG ist ein Überschreiten zur Abwehr einer drohenden Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zulässig und genau diesem Ziel dient das Vorziehen der Steuerentlastungsstufe.

In dem Zusammenhang

Die EU-Finanzminister (ECOFIN-Rat) haben am 25. November 2003 mit 2/3 Mehrheit beschlossen, die Defizitverfahren gegen Frankreich und Deutschland vorerst auszusetzen. Die Europäische Kommission wollte Deutschland zu höheren Sparauflagen zwingen. Verschärfte Sparauflagen hätten jedoch in der jetzigen Konjunkturlage Risiken für das einsetzende Wirtschaftswachstum bedeutet.

In einer Entschließung des Rates wurden für Deutschland folgende Verpflichtungen festgehalten:

- 2005 wird die 3%-Grenze wieder unterschritten.
- 2004 wird ein struktureller Defizitabbau von 0,6% vorgenommen.
- 2005 wird ein Defizitabbau von 0,5% vorgenommen.
- In den Jahren ab 2005 wird ein weiterer Defizitabbau von mindestens 0,5% vorgenommen.
- Sollte das Wachstum höher sein als jetzt von der Kommission prognostiziert, werden wachstumsbedingte Mehreinnahmen zur weiteren Defizitsenkung eingesetzt.

In einem Schreiben an die Mitglieder des ECOFIN-Rates hatte BM Eichel darauf hingewiesen, dass die EU-Kommission im Mai bestätigt hat, "dass Deutschland allen Vereinbarungen aus den Empfehlungen des ECOFIN-Rates vom Januar dieses Jahres nachgekommen ist und dass die Staatsausgaben trotz der schwächeren wirtschaftlichen Entwicklung nicht aus dem Ruder gelaufen sind". Zusätzlich hat Deutschland strukturelle Reformen - etwa mit der Agenda 2010 und den Maßnahmen im Haushaltsstabilisierungsgesetz - auf den Weg gebracht. Es ist nun an der Zeit, im laufenden Vermittlungsverfahren zwischen Bundestag und Bundesrat zu konkreten Beschlüssen zum Subventionsabbau zu kommen.

Zwischenruf

„Wenn Sie über Liberalismus reden, das klingt so, als wenn Daniel Küblböck "Großer Gott, wir loben Dich" singt.“

(Franz Müntefering zu FDP-Chef Guido Westerwelle am Mittwoch in der Generaldebatte über den Haushalt 2004)



WIRTSCHAFT

Modernisierung Handwerksordnung

In 2./3. Lesung wurde am 27.11. in Verbindung mit den Beratungen zum Einzelplan Wirtschaft und Arbeit die große Novelle zur Handwerksordnung verabschiedet. Damit entfällt künftig für zahlreiche Gewerbe die Meisterprüfung als Voraussetzung für die Berufsausübung. Dies dürfte sich positiv auf die Entwicklung von Gründungen und die Anzahl an Selbständigen auswirken.

Vollhandwerk und handwerksähnliche Gewerbe

In der Anlage A zur Handwerksordnung (Vollhandwerk) werden nur noch Berufe aufgeführt, bei deren Ausübung Gefahren für Gesundheit und Leben Dritter entstehen können. Gewerbe, die aus dem Vollhandwerk ausgegliedert werden, kommen in die Anlage B (handwerksähnliche Gewerbe). Sie können künftig auch ohne Meistertitel ausgeübt werden.

Mehr Perspektiven

Außerdem wird die Möglichkeit eröffnet, handwerkliche Betriebe zu gründen und Unternehmen zu führen, ohne die handwerkliche Befähigung besitzen zu müssen. Ausreichend ist, wenn ein Betriebsleiter mit Meisterbrief bzw. Ausnahmegewilligung eingestellt wird. Gesellen der zulassungspflichtigen Handwerke mit zehnjähriger Berufserfahrung, davon 5 Jahre in verantwortungsvoller oder leitender Stellung, erhalten einen Anspruch auf Eintragung in die Handwerksrolle. Die Ausbildung im Handwerk wird damit attraktiver, da der Gesellenabschluss mehr Perspektiven bietet.

Klarstellungen

Der Änderungsantrag (Drs. 15/1481) der Koalition beinhaltet eine Reihe von Klarstellungen zu dem Gesetzentwurf. So wird u.a. festgestellt, dass in allen Handwerken, für die bisher Ausbildungs- oder Meisterprüfungsordnungen bestanden, der Zugang zur freiwilligen Meisterprüfung gewährt werden muss.

Kontakt:

Bundestagsbüro Berlin
Platz der Republik 1 (UdL 50)
11011 Berlin
Tel: 030 – 227 700 26
Fax: 030 – 227 76 008
Email: ulrich.kelber@bundestag.de
Internet: www.kelber.de

ENERGIE

Förderung von Solarenergie

Der Bundestag hat am Donnerstag im Zusammenhang mit den Beratungen zum Einzelplan Umwelt das Zweite Gesetz zur Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) verabschiedet. Vor der geplanten großen Novelle des EEG in 2004 war eine vorgezogene Regelung zur Fotovoltaik erforderlich.

Mit dem Auslaufen des 100.000-Dächer-Solarstrom-Programms ist eine wesentliche Grundlage der Förderung von Investitionen in Anlagen zur Erzeugung von Strom aus solarer Energie entfallen. Bis zur Novellierung des EEG wäre damit mit einem Rückschlag für die weitere Verbreitung der Stromgewinnung aus Solarenergie und einem Schaden für die technologisch zukunftssträchtige Fotovoltaik-Industrie zu rechnen. Mit dem Änderungsgesetz wird zum 1. Januar 2004 die wirtschaftliche Unsicherheit in der Fotovoltaik-Branche beseitigt und die entstandene Finanzierungslücke durch eine Anpassung der Vergütungssätze für Strom aus solarer Energie im Rahmen des EEG ausgeglichen.

Sondersitzung der Fraktion

In einer Sondersitzung am Freitag hat die SPD-Bundestagsfraktion über die konkrete Ausgestaltung der langfristig angelegten Maßnahmen zur Sicherung der Renten diskutiert. Ein Fraktionsbeschluss soll am 9. Dezember herbeigeführt werden. Die beiden Gesetze werden am 12. Dezember in den Bundestag eingebracht.

Bei der Diskussion ging es die Einführung eines Nachhaltigkeitsfaktors, Orientierung der Rentenanpassungsformel am Bruttolohn, Organisationsreform der Rentenversicherung und die einkommensteuerrechtliche Behandlung von Altersvorsorgeaufwendungen und Altersbezüge.

Anfang November wurden im Bundestag die kurzfristig wirkenden Maßnahmen zur Sicherung der Renten beschlossen. Gleichzeitig wurden Eckpunkte zur nachhaltigen Stabilisierung des Beitragsatzes in der gesetzlichen Rentenversicherung aufgestellt.

SPD-Bürgerbüro Bonn
Clemens-August-Str. 64
53115 Bonn
Tel: 0228 – 280 31 35
Fax: 0228 – 280 31 36
Email: ulrich.kelber@wk.bundestag.de